



INTERNATIONALE MENSCHENRECHTSORGANISATION
FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Straße 13
50969 Köln
Tel. 0221/7020072
Fax 0221/7020032
www.fian.de

Pressestelle
E-Mail: s.roetters@fian.de

Pressemitteilung

Globale Landnahme eskaliert

Wissenschaft sucht vergeblich nach Positivbeispielen - Agrosprit wichtigster Schmierstoff der Landnahmen

Köln, 12.4.2011. Der globale Landhunger privater und staatlicher Investoren hat für Mensch und Natur gewaltige und unumkehrbare negative Auswirkungen. Zu diesem Ergebnis kamen letzte Woche über 150 WissenschaftlerInnen bei der bis dato größten Konferenz zum sogenannten Land Grabbing. Sie hatten an der Universität von Sussex ihre aktuellen Forschungen aus 50 Ländern diskutiert und ausgewertet. Demnach sind die Landnahmen begleitet von umfassenden Menschenrechtsverletzungen. Auch bei genauerem Hinsehen konnte keine Investition gefunden werden, die für die lokale Bevölkerung nachhaltig positive Folgen hatte.

Seit 2009 wurden 80 Millionen Hektar Ackerland transferiert

Neue Zahlen unterstreichen die enormen Ausmaße dieser Entwicklung. Durch die Landdeals wurden seit 2009 80 Millionen Hektar Ackerland an gut 1.200 Investoren transferiert (die Agrarfläche Deutschlands beträgt etwa 17 Mio ha). Im Durchschnitt sind somit 65.000 Hektar pro Agrarprojekt übertragen worden. 44 Prozent der Landdeals werden für die Produktion von Agrartreibstoffen getätigt. Desweiteren produzieren zahlreiche Projekte Nahrungsmittel für die Supermärkte wohlhabender Staaten, da dort die Gewinne am höchsten sind.

„Die Investitionen werden dort getätigt, wo viel gehungert wird. Mit Ernährungssicherung oder Armutsbekämpfung hat dies jedoch nichts zu tun,“ so Roman Herre, Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN. „Im Gegenteil werden die Armen so ihres letzten Gutes beraubt – dem Land, von dem sie leben.“ Auch die Wissenschaft kam zu dem Schluss, dass das Thema Ernährungssicherung einzig dazu dient, die Investitionen zu legitimieren. Vor Ort entbehrt es jeder Grundlage.

Bundesregierung sollte Investoren aus dem eigenen Land katalogisieren

Mindestens 150 Landdeals wurden durch westeuropäische Firmen getätigt. Daher wurde die Initiative der niederländischen und der Schweizer Regierung begrüßt, die Investoren aus dem eigenen Land zu katalogisieren. „Die Bundesregierung sollte sich dieser Initiative anschließen.“ so Herre. „Dies wäre ein erster Schritt, um sicherzustellen, dass deutsche Investoren nicht zur Verletzung des Rechts auf Nahrung im Ausland beitragen.“

Kontakt: Roman Herre, Agrarreferent FIAN Deutschland e.V., 0176 – 76145926, r.herre@fian.de

Die umfassende Konferenzdokumentation finden sie unter www.future-agricultures.org/land-grab.html